

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen Welt“ und „Der Jugend-Gemut“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 20.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 22.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenbezogen für Deutschland, Dänke, das Saar- und Westpreußen sowie die schlesischen Gebiete Polens und Duzemburg 20.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Die Jahrgabpreise: Normalpreise über dem Namen kostet 12.— M., einschließlich Postzuschlag. Kleine Anzeigen: 200 Zeilen für den Monat April 1.70 M., einschließlich Postzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fest gebundene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Vertriebspreis Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kritische Stunden in Genua

Die Alliierten gegen den deutsch-russischen Vertrag

Genua, 18. April.

Die führenden Delegierten Englands, Italiens, Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, Polens, Jugoslawiens, Rumaniens und Japans haben beschlossen, folgende Note an die Delegation zu richten:

Die unterzeichneten Mächte haben mit Ueberraschung vernommen, daß Deutschland im ersten Stadium der Arbeiten der Konferenz insgeheim ein Abkommen mit der Sowjetregierung getroffen hat, ohne die anderen hier vertretenen Staaten davon zu unterrichten. Die Angelegenheiten, auf die sich dieses Abkommen bezieht, bilden gegenwärtig den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Vertretern Rußlands und denjenigen aller anderen Mächte, welche zur Konferenz eingeladen worden sind, einschließlich Deutschlands. Es ist kaum eine Woche vergangen, seitdem der deutsche Reichskanzler selbst in der Eröffnungsansprache der Konferenz erklärt hat, daß die deutsche Delegation beabsichtige, im Geiste aufrichtiger Loyalität und Solidarität zur Klärung dieser Fragen mit den anderen Mächten zusammenzuarbeiten. Die unterzeichneten Mächte müssen hiermit der Deutschen Delegation in der offenkundigen Weise ihre Meinung dahin zum Ausdruck bringen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens, während die Konferenz noch läuft, eine Verletzung derjenigen Bedingungen darstellt, die Deutschland sich verpflichtet hat einzuhalten, indem es sich der Konferenz anschloß. Mit der an Deutschland gerichteten Einladung, nach Genua zu kommen, und mit dem Anerkennen, in dieser Kommission auf demselben Boden der Gleichberechtigung mit ihnen selbst vertreten zu sein, haben die einladenden Mächte ihre Bereitwilligkeit bewiesen, die Erinnerung an den Krieg beiseite zu lassen und Deutschland die Gelegenheit zu einer lokalen Zusammenarbeit mit seinen früheren Feinden zur Lösung der europäischen Aufgaben, die sich die Konferenz gesetzt hat, zu bieten. Deutschland hat auf dieses Angebot des guten Willens und der Solidarität mit einer Handlung geantwortet, die den Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört, der für die internationale Zusammenarbeit unerlässlich ist. Und doch ist die Wiederherstellung dieses Geistes das vorzüglichste Ziel der Konferenz. In allen Konferenzen sind offizielle Besprechungen zwischen den verschiedenen Parteien nicht nur erlaubt, sondern oft wünschenswert. Sie sind nützlich, sofern sie darauf gerichtet sind, die gemeinsamen Aufgaben zu erleichtern, und sofern ihre Ergebnisse der Konferenz zur gemeinsamen Erörterung vorgelegt werden. So haben jedoch die deutschen Delegierten nicht gehandelt. Während die Konferenz tagte und während Deutschland in der Kommission und in der Unterkommission vertreten war, die beauftragt waren, auf den Grundlagen von Cannes über den europäischen Frieden mit Rußland zu verhandeln, haben die deutschen Vertreter in der genannten Kommission ohne Vorwissen ihrer Kollegen insgeheim ein Abkommen mit Rußland über die besonderen Fragen beschlossen, die sie sich verpflichtet hatten, in lokaler Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Länder zu erörtern. Dieses Abkommen ist nicht an die Bedingung irgendeiner Prüfung oder Genehmigung durch die Konferenz geknüpft. Wir müssen annehmen, daß es endgültig ist und daß man nicht gedenkt, es dem Urteile der Konferenz zu unterbreiten. Es stellt tatsächlich einen Verstoß gegen einige der Prinzipien dar, auf denen die Konferenz ruht.

Dies vorausgesetzt sind die Unterzeichneten der Meinung, daß es nicht gerecht und billig wäre, wenn Deutschland, nachdem es ein besonderes Abkommen mit Rußland getroffen hat, an der Diskussion eines Abkommens mit ihren Ländern und Rußland teilnähme. Sie schließen daraus, daß die deutschen Delegierten, indem sie so handelten, beabsichtigt haben, auf eine weitere Teilnahme an der Diskussion über ein Abkommen zwischen den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern und Rußland verzichten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.
(gez.) Lloyd George, Facta, Barthou, Theunis, Ekmunt, Rinschitsch, Diamandi, Ipsi.

Eindeutiger als durch diese Note konnte wohl kaum in Erscheinung treten, welche Fälle von Inkompetenz sich neben den gewaltigen sachlichen Schwierigkeiten einer schieblich-friedlichen Verständigung entgegenstellen. Das liegt im Wesen der kapitalistischen

„Weltordnung“. Ohne Rußland kann die Weltwirtschaft nicht gedeihen. Das wird jetzt in allen Ländern mit süßsauren Miene als neuestes Evangelium verkündet. Aber die herrschenden Klassen all dieser Länder haben dabei das heisse Verlangen, an der Ausbeutung Rußlands möglichst ausschließlich selbst zu genießen.

Die deutsche Regierung erntet jetzt, was sie durch ihre Saumseligkeit selbst gesät. Jahrelang hat sie sich nicht dazu entschließen können, eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Jetzt mußte sie erleben, daß ihre Delegation bei der in Genua von den Alliierten gesuchten Verständigung von den Verhandlungen ausgeschlossen wurde. Im Reichstage erklärte der Reichskanzler zu verschiedenen Malen, die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an Rußland sei eine Notwendigkeit. Jetzt heißt es, der Vertrag mit Rußland sei bereits vor der Genuaer Konferenz abgeschlossen gewesen. Warum aber hielt man denn damit zurück? Jetzt sind neue Komplikationen geschaffen, die auch nicht damit hinweggeräumt worden sind, daß man erklärt, die Veröffentlichung sei durch den Ausschluß der deutschen Delegation von den Verhandlungen mit Rußland provoziert.

Was bei diesem ganzen Vorfalle besonders in die Augen springt, ist das intrigante Spiel der Diplomaten haben und drüben. Die Entente glaubte durch den Paragraphen 116 des Versailler Vertrages, der auch Rußland gewisse Rechte auf Reparationsforderungen an Deutschland zuspricht, Rußland ausschließlich für sich fördern zu können. Rußland hat in der fruchtiger Erkenntnis seiner Interessen unter Verzicht auf diese Reparationen eine Verständigung mit Deutschland gesucht und gefunden. Ueber diesen Reifall nun Empörung bei der Entente. Die deutsche Regierung hat geglaubt, durch Stillschweigen ihre Position in Genua stärken zu können. Jetzt steht sie wieder einmal losgelöst von allem, was ihr den Weg zur ersten Verständigung in Genua zu bahnen schien.

Die juristischen Sachverständigen der Entente haben erklärt, daß rechtlich gegen den Vertrag mit Rußland nichts zu machen sei. Aber seit wann entscheiden denn in internationalen Dingen Rechtsgrundsätze. Bulareit, Breit-Litovsk, Versailles, Saint-Germain weisen den Weg. Die Alliierten erklären, mit dem Vertrage habe Deutschland sich außerhalb der vor Genua festgelegten Grundsätze gestellt. Was wird weiter folgen? Wird Deutschland, wie es in zahlreichen Meldungen heißt, aus der ersten und wichtigsten Kommission, die eine Reihe der allerwichtigsten Fragen beantworten soll, ausgeschlossen? Oder wird gar, wie es besonders schwarz schwebende Berichtstatter glauben voraussetzen zu können, die Konferenz aufhören? Wohl kaum. Auf dem bisherigen Wege ging es nicht weiter. Deutschland wurde keineswegs seiner schönen Augen willen, zur Konferenz zugelassen. Die Situation, die zur Einberufung der Konferenz und zur Zulassung Deutschlands führte, besteht unvermindert fort. Daraus darf man auch den Schluß ziehen, daß man trotz dem unverwarteten Mißschlag nicht planlos auseinanderflieht, sondern ernstlich versucht, den Karren irgendwie wieder einzugleisen.

Frankreich verlangt Auflösung des Vertrags

(CP.) Paris, 18. April.

Der „Temps“ teilt mit, daß Poincaré heute die Minister ins Außenministerium berief, um mit ihnen über die durch den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages geschaffene Lage an der Konferenz von Genua zu beraten. Die Antwort, die nach Schluß des Ministerrates an Barthou telegraphiert wurde, war den Ministern einstimmig gutgeheißen worden. In dieser Antwort stellt die französische Regierung fest, daß der deutsch-russische Vertrag dem Artikel 260 und folglich auch dem Artikel 236 des Versailler Vertrages, sowie den in dem Antrag von Cannes aufgestellten Prinzipien zuwiderlaufe. Die französische Delegation soll darum in der von Lloyd George vorgeschlagenen Erklärung an die deutsche und russische Delegation die Auflösung des Vertrages fordern.

Mehr Propaganda für die Sozialisierung

Unmittelbar nach Beendigung des Krieges forderte ein Teil der Arbeiterklasse stürmisch den Beginn der Sozialisierung. Die Nationalversammlung sollte zu dem Zweck gewählt werden, um die Reichsverfassung und ein Grundgesetz für die Sozialisierung zu schaffen. Die bürgerlichen Parteien erhielten die Mehrheit, und die Arbeiter wurden darauf mit einigen glatten Redensarten über die Sozialisierung sowie mit einigen Scheinkonzessionen abgeseift.

Das Arbeitskammergesetz, das ein „gedeihliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern“ herbeiführen sollte, wurde als Sozialismus bezeichnet. Ja, man gab direkt ein Sozialisierungsgesetz heraus, nach dem unter anderem jeder Deutsche seine geistigen und körperlichen Kräfte so entfalten sollte, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm forderte. Ebenso sollte die Schaffung eines Reichskohlenrats Sozialismus sein. Die Scheidemannregierung war so stolz auf diesen „Sozialismus“, daß sie dem staunenden Publikum auf Plakaten verkündete: „Die Sozialisierung ist da.“ Ja, es wurde sogar eine Sozialisierungskommission eingesetzt. Zwar wurden ihr gleich in den ersten Monaten allerlei Schwierigkeiten bereitet, daß selbst in rechtssozialistischen Kreisen Kritik an der Regierung geübt wurde, doch man ließ sie tagen. Jetzt will man ihr nicht mehr die Mittel bewilligen, und bürgerliche Politiker haben offen erklärt, daß die Sozialisierungskommission eigentlich nur ein Beruhigungsmittel für die arbeitende Bevölkerung gewesen wäre.

Wer je geglaubt hat, man könnte zusammen mit dem kapitalistischen Bürgertum — sozialisieren, der wird hoffentlich nach diesen Erfahrungen eines besseren belehrt worden sein. In letzter Zeit ist nicht mehr das ungeheure Verlangen nach der Sozialisierung in der Arbeiterklasse hervorgetreten. Dem Kapitalismus in Deutschland ist der Sturz der deutschen Papiermark zugute gekommen. Er hat Rußlands aufträge erhalten, und ist in der Lage, das Proletariat zu beschäftigen und ihm eine notdürftige Erntenzu geben. Damit finden sich weite Kreise der Arbeiterklasse zurzeit ab. Der Sozialismus ist kein Zaubermittel; er kann nicht mit einem Schlage wesentlich bessere Zustände schaffen. Die können erst allmählich herbeigeführt werden, und deshalb stehen Teile des Proletariats dem Sozialismus teilnahmslos gegenüber. Dazu kommt, daß die Kopfarbeiter, die ebenso notwendig sind zur Sozialisierung wie die Handarbeiter, zum Teil von Sozialismus noch nichts wissen wollen. Besonders trifft das auf die Kreise zu, die in leitenden Stellungen sind. Ihnen gewährt der Kapitalismus noch verhältnismäßig günstige Bedingungen. Allererste Kräfte werden weit besser bezahlt als hohe Reichs- und Staatsbeamte. Daher stehen diese Schichten dem Sozialismus feindlich gegenüber. Sie wollen ja durchweg ebenso wie die Kapitalisten die heutige Wirtschaft anrecht erhalten, weil sie ihnen mehr bietet als der Sozialismus.

Was aber, wenn die Auslandsaufträge dem Kapitalismus zum Teil verloren gehen, wenn er die Produktion einschränken und hunderttausende Hand- und Kopfarbeiter entlassen muß? Auf eine Belebung des inneren Marktes ist nicht zu hoffen. Im Gegenteil! Die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung schreitet vorwärts. Ihre Kaufkraft nimmt immer mehr ab. Kommt eine solche Situation, und sie kann bald kommen, dann wird der Ruf nach der Sozialisierung wieder mehr zu hören sein.

Doch auch jetzt sind die Zustände so, daß die Sozialisierung nicht als ein Zukunftsproblem angesehen werden darf. Weite Schichten des Proletariats erkennen an, daß sie sich nicht mehr damit begnügen können, von Zeit zu Zeit etwas mehr Lohn zu verlangen. Sie müssen Stellung zu dem Produktionsproblem nehmen. Der Absolutismus der Unternehmer in der Wirtschaft kann nicht länger geduldet werden. Die Demokratie muß nicht nur im

Morgen: Massendemonstration im Lustgarten!

Staat, sondern auch in der Wirtschaft Eingang finden. Die kartellierten Wirtschaften, die Konzerne, die Gesellschaft m. b. H., der Großgrundbesitz müssen der gesellschaftlichen Kontrolle unterstellt werden. Die Arbeiterklasse kann und darf nicht allein dem Unternehmertum das Bestimmungsrecht über die Produktion und über die Preisgestaltung überlassen. Es müssen grundlegende Änderungen durchgeführt werden, wenn nicht weite Schichten des Proletariats im Elend verkommen sollen. Und schließlich muß auch mit der Sozialisierung begonnen werden. Die Gewerkschaften sowie alle drei sozialistischen Parteien haben zunächst die Sozialisierung der Bodenschätze als unbedingt erforderlich hingestellt. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben. Forderungen werden nicht verwirklicht, wenn man sie auf dem Papier formuliert, sondern sie müssen erklämpft werden. Es muß für sie eine großzügige Propaganda entfaltet werden.

Und auch damit ist es noch nicht getan. Die Sozialisierung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Diese muß sozialisieren können, wenn der Sozialismus verwirklicht werden soll. Ebenso muß die geistige Verfassung auf die Sozialisierung erfolgen. Diese Probleme müssen zur Debatte gestellt werden. Wir sehen aber heute, daß sie in einzelnen Schichten des gewerkschaftlich organisierten, des sozialistischen Proletariats, fast gar nicht erörtert werden. Auch eine Anzahl Arbeiterblätter haben für sie wenig Interesse.

Eine Sozialisierung kann nicht von oben herab dekretiert werden, sondern sie muß von unten auf durchgeführt werden. Ihre Träger werden die Betriebs-, die Wirtschaftsräte sein. Sie allein sind aber auch wieder machtlos, wenn sie nicht in der Gesamtarbeiterklasse die weitgehendste Unterstützung finden. Wenn sie wissen, daß sie die Hand- und Kopfarbeiter hinter sich haben, daß diese erfüllt sind mit Begeisterung, mit hohem Idealismus für den Sozialismus, und daß sie bereit sind, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft vorzunehmen und alle Hemmnisse und Schwierigkeiten der ersten Zeit zu überwinden, so wird sozialisiert werden.

Wir stehen nun einmal mitten drin in der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Die Zustände in der kapitalistischen Wirtschaft werden immer unhaltbarer. Die Entwicklung drängt zum Sozialismus, das heißt zum allmählichen planmäßigen Aufbau einer neuen Wirtschaft. Auf die Dauer kann sich die Arbeiterklasse ihrer historischen Mission nicht entziehen. Tut sie es, so bedeutet das ihre völlige Verelendung und Verflüchtung.

Da blickt man bei der Erörterung der Steuerprobleme auch nach neuen indirekten Abgaben, weil man sich der Hoffnung hingibt, mit der Vermögenssteuer und neuen indirekten Steuern auf dem Boden der jetzigen Wirtschaft die Lage der Arbeiterklasse erträglicher zu gestalten. Statt der Ausdehnung nach neuen indirekten Steuern sollten wir uns lieber nach der Sozialisierung umsehen und ihre Frage in den Vordergrund stellen. Das ist sozialistische Tätigkeit, und damit dienen wir dem Proletariat am besten.

Kartoffeln fürs Ausland

Wenn immer Meldungen über das Verschleppen deutscher Kartoffeln nach dem Ausland durch die Blätter gingen, wurden derartige Mitteilungen prompt dementiert. So, Herr Hermes hatte sogar die Kühnheit, sich mit seiner ganzen Ehre dafür einzusetzen, daß keine Kartoffelverschleppungen nach dem Ausland vorgekommen seien. Demgegenüber weiß der „Vorwärts“ zu melden, daß bei einer bekannten Inspe-

ratengener folgende Anzeige zur Ausnahme in den Kartoffelzonen der Schweiz, Frankreichs, Belgiens und Englands einlief:

50—100 000 Zentner Kartoffeln
Transitware,
aus Teilnoten, hat abzugeben:
Erich Gaede, Stettin.
Fernsprecher 38 u. 39. Tel.-Adr. Gaederich.

Dieser Herr Erich Gaede hat sicher schon früher mit Erfolg, aber heimlich welche Kartoffel-Transitgeschäfte gemacht, bevor er den jetzigen öffentlichen Anzeigenweg wählte. Und ebenso zweifellos ist dieser Erich Gaede nicht der Einzige, der sich auf diesem Gebiete betätigt.

Der Fall Wandt

Kürzlich ist der Redakteur Heinrich Wandt aus dem Potsdamer Gefängnis ausgerissen und mittels Flugzeug nach Belgien geflüchtet. Wandt war des „Landesverrats“ angeklagt, aber wie aus einer aus Brüssel an uns gelangten Zuschrift hervorgeht, basiert die „Landesverrats“-Anklage lediglich auf dem berühmten Paragrafen 92 des Strafgesetzbuches, dessen Raufschularigkeit von uns von vornherein betont worden ist und der von seinen Urhebern als Damoklesschwert für alle „mihliebigen“ Journalisten gedacht war. Da Wandt keine andere Möglichkeit hat, um die Öffentlichkeit zu unterrichten, entsprechen wir seiner an uns gerichteten Bitte um Verbreitung der nachstehenden Zuschrift:

„In Notizen, in denen die deutsche Presse meine Flucht nach Belgien erwähnt hat, wurde der Dessenlichkeit kundgegeben, daß ich „wegen Verdacht des Landesverrats“ und der gewerksmäßigen „Helderei“ gerichtlich verurteilt werde. Da der Laie unter dem Begriff „Landesverrat“ gewöhnlich nichts anderes versteht, als das was er ausdrückt: sein Vaterland an eine fremde Macht verraten! so sehe ich mich genötigt, diesen geradezu nachsinnigen Vorwurf, mit dem man meine ganze Existenz ruiniert hat, aufzuklären.

Ich habe nichts getan, dessen ich mich in meiner Eigenschaft als Deutscher zu schämen hätte!

Der „Landesverrat“, den man mir so gerne an den Hals hängen möchte, ist in Wirklichkeit nichts anderes, als das letzte Glied der endlosen Kette unerhörter persönlicher, politischer und gerichtlicher Verfolgungen, denen ich seit der Herausgabe meines Buches „Stappe Gent“ dauernd ausgesetzt war, und die ich in einer demnächst erscheinenden Broschüre ausführlich schildern und brandmarken werde.

Um mich des „Landesverrats“ bezichtigt zu können, hat man nämlich den nur für die Kriegszeit geschaffenen und erst Ende Juli 1914 in das deutsche Strafgesetzbuch aufgenommenen § 92 gegen mich ins Treffen geführt. Nach diesem Raufschularparagrafen soll jeder Presseländer „Landesverrat“ begehen, der Mitteilungen veröffentlicht, die geeignet sind, die Wohlfahrt des Deutschen Reiches zu schädigen!

Weil ich also das schamlose Treiben gewisser ehemaliger Stappensoffiziere des verflornten kaiserlichen Regimes an den Pranger der Dessenlichkeit gestellt habe, soll ich die Wohlfahrt unserer heutigen Deutschen Republik geschädigt haben!

Die „gewerksmäßige Helderei“, die man mir vorwirft, erblüht der Untergrunddrücker, ein ehemaliger Garde-Offizier, in dem Umstand, daß ich in meiner Eigenschaft als Redakteur — wie es viele Journalisten, Politiker und Diplomaten von alters her ungeliebt an tun pflegen — leichweise Akten zur Einsicht entgegengenommen habe, die schon seit Jahren bei behördlichen Aufwahrungsstellen ein verstaubtes Dasein führten, und deren Inhalt für die Wohlfahrt unseres deutschen Vaterlandes absolut belanglos war! Es handelte sich um Stappen-Akten, die aus Gent stammten, und deren Bestüre mir für meine Verteilung in den Provinzen, die ich wegen meines Buches zu besuchen hatte, sehr nützlich war. Eine Veröffentlichung dieser Akten hätte aber nie erfolgt und war auch seinen Augenblick lang beabsichtigt!

Da mir übrigens genau bekannt ist, daß ehemalige Offiziere der alten kaiserlichen Armee, die angeblich, die Kriegsgeschichte ihres früheren Truppenteils verfaßt zu wollen, ohne weiteres die Erlaubnis erhalten, die sie interessieren-

den Kriegsakten aus dem Reichsarchiv in Potsdam zu entnehmen und nach Hause mitzunehmen, so vermag ich noch heute in dieser Handlung keinerlei schandwürdiges Verbrechen zu erblicken.

Weil ich, wegen dieser Anseltsamkeit bereits im vergangenen Winter volle fünfzehn Wochen unerschuldig im Moabiter Untersuchungsgefängnis verbracht habe, und die Erfahrungen, die ich mit gewissen Staatsanwälten und Richtern gemacht habe; die im Kriege alle Offiziere gewesen sind, solcher Art waren, daß ich mich mit Recht als ein Opfer der Klassenjustiz bezeichnen kann, bin ich dem Potsdamer Gefängnis, in das man mich ausgerechnet zum Frühlingsanfang wegen der gleichen Sache erneut einsteckte, entflohen.

Für meine antimilitaristische Gesinnung habe ich bereits insgesamt mehr als ein volles Jahr hinter Gefängnismauern gesessen. Noch mehr wäre vom Uebel und hätte keinen Zweck.

Faule Ausreden

Die Stadträte Brühl und Schünig, die zur SPD. übergetreten sind, fühlen jetzt das Bedürfnis, sich in einem vom „Vorwärts“ abgedruckten Schreiben (an wen?) zu rechtfertigen. Sie erklären, ihre Mandate nicht niederlegen zu wollen und behaupten, die U.S.P. habe selber auf ihrer letzten Reichskonferenz beschlossen, „daß über die Mandate diejenige Partei zu verfügen hätte, welcher man sich anschließe. Das ist blanter Unsinn. Die Reichskonferenz hat über die Mandate überhaupt keinen Beschluß gefaßt, sondern lediglich über die Parteimitgliedschaft der Genossen, die von der K.P.D. zur U.S.P. überzutreten bereit sind. Die beiden Uebergetretenen erklären weiter, daß sie ihre Stadtratsmandate auch deshalb nicht niederlegen wollen, weil sonst an ihre Stelle von der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit Angehörige der Rechtsparteien gewählt würden. Auch wenn diese Möglichkeit nicht bestände, würden die beiden ihre Mandate nicht niederlegen. Ihr Standpunkt ist: „Wir sind auf zwölf Jahre gewählt und versorgt, und die Parteigenossen können uns den Buckel herunterrutschen.“ Alles, was sie zu ihrer Rechtfertigung anführen, ist dummes Gerede. Die Gehirnerkennung bei ihnen geht schon so weit, daß sie das Zusammenarbeiten mit Rechtssozialisten im Magistrat und in den Bezirksämtern als „Koalitionspolitik“ bezeichnen. Der „Vorwärts“ benutzt diese blöde Phrase schmunzelnd zu der Ueberschrift „Koalitionspolitik im Rathaus“ und möchte sie zur Rechtfertigung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik mit den Parteien des Großkapitalismus ausnützen. Der „Vorwärts“ fügt dem Schreiben der beiden noch hinzu, daß, wenn Brühl sein Reichstagsmandat niederlege, ein Kommunist an die Reihe kommen werde, was doch die U.S.P. auch nicht wünschen könne. Nun, als Klassenkämpfer ist uns mancher Kommunist lieber als mancher Rechtssozialist. Im übrigen, wäre es besser, über Brühl und Schünig die Akten zu schließen.

Die Staatsratswahlen in Oberschlesien

Die vorläufigen Wahlen zum Staatsrat, die im vorigen Jahr nicht stattfinden konnten, sind am 5. d. M. vollzogen worden. Es wurden in den Staatsrat gewählt: Billa, Geh. Rat, Kommissarischer Oberpräsident, Oppeln (S.P.), Dr. Stephan, Erster Bürgermeister, Beuthen (S.P.), A. von Bronzmannski, Generaldirektor, Großschawitz (S.P.), Ossowski, Klemmermeister, Hindenburg (S.P.), Trappe, Bezirksleiter, Beuthen (S.P.). Als Stellvertreter wurden gewählt: Reuer, Bezirksführer, Beuthen, Vorsitzender der Handwerkskammer in Oppeln (S.P.), Zippert, Bauernratsbesther, Seidersdorf, Kreis Reife (S.P.), Schmäcke, Gewerkschaftsleiter, Gleiwitz (S.P.), Brisch, Redakteur, Hindenburg (S.P.), Ossowski, Redakteur, Zabotze (S.P.). Die Gewählten treten sofort in den Staatsrat ein.

Die Opfer der Gleiwitzer Katastrophe. Der französische Kriegsminister hat die Namen der Opfer der Katastrophe von Gleiwitz bekanntgegeben. Danach sind sieben Soldaten getötet worden, drei werden vermisst und zehn sind verletzt worden.

Religion und Sakralbauten in der sozialistischen Gesellschaft

Von Adolf Alkwohn

Es mag verwunderlich erscheinen, daß Bruno Laut in seinem Buch „Die Auflösung der Städte“ so viele Sakralbauten bringt. Das Buch Lauts stellt eine Veranschaulichung der Zustände in der sozialistischen Gesellschaft dar, und für den Zukunftsschaat sollte doch das Religiöse als „abgetan“ gelten. Es herrscht nicht nur im Sozialismus, sondern allgemein in der Stimmung unserer Zeit noch weithin die Auffassung des französischen Philosophen Auguste Comte, der drei Stadien in der Geschichte der Gesellschaft unterschieden hat, das theologische, das metaphysische und das positive. In der ersten Phase, so lehrte er, erklärt sich der Mensch die Erscheinungen durch übernatürliche Kräfte, in der zweiten durch allgemeine Begriffe und in der dritten erfährt er das Einzelne im Zusammenhang der experimentell nachweisbaren Gesetze. Wir stehen im dritten Stadium, in dem das Heil der Gesellschaft nur in der Herrschaft des Wissens zu suchen ist. Theologie und Metaphysik sind abgetan. Diese unzweifelhaft sehr viel Nützliches enthaltende Auffassung ist im wissenschaftlichen Sozialismus durch Karl Marx zu einem Allgemeinut geworden. Man sollte aber trotzdem nicht die andere Seite der Sache vergessen, wie sie auch Auguste Comte selbst in der letzten Periode seines Denkens eingesehen hat, daß — nämlich — die positive Philosophie (die Wissenschaft) zwar lehren kann, wie die neue Ordnung der Dinge aussehen wird und soll, daß aber deren Herbeiführung nur vom Gefühl zu erwarten ist.

Auch der wissenschaftliche Sozialismus kann dieses Gefühls nicht entraten; mag es sich nun um das Verantwortungsbewußtsein, das Solidaritätsgefühl oder um noch einiges andere handeln, immer macht erst das unmittelbare Empfinden, das der wissenschaftlichen Einsicht folgt, manchmal aber auch völlig ohne diese da ist, den Menschen zu einem entschlossenen Kämpfer, zu einem aktiven Herbeiführer einer neuen Ordnung der Dinge. Außerdem lehrt ja auch die neuere experimentelle Psychologie, daß die frühere Auffassung, wonach der Willensentschluß unmittelbar der intellektuellen Erkenntnis folgt, dahin zu korrigieren ist, daß immer ein Moment in der Form eines einfachen oder komplexen Gefühls dazwischen tritt. Damit ist aber das

notwendige Vorhandensein einer Welt der Gefühle und somit auch der Religion erkannt. Das, was man als wertvoll erkennt, wird man nur dann verwirklichen wollen, wenn dieser Wert das Gefühl des Menschen in seiner Tiefe und Totalität bewegt. Diese tiefere Ergriffenheit und Gefühls-erregung ist vor allem dann unumgänglich notwendig, wenn die Verwirklichung schwierig ist, oder wenn ihr Gefahren im Wege stehen. Dann wird das ganze Sein des Menschen mit dem zu verwirklichenden Werte sich verbunden fühlen müssen. In einem solchen Fall redet die Psychologie von dem Vorhandensein religiöser Gefühle.

So hat Auguste Comte das, was er als wertvoll erkannte, und was er in die Wirklichkeit umsetzen wollte, nämlich die „Menschheit“, zum Gegenstand einer religiösen Verehrung gemacht, für die er sogar den ganzen Apparat des Heiligendienstes nachahmte. So haben die in das Licht der Geschichte eintretenden Stämme sehr oft ihr Gemeinwesen als etwas Göttliches angebetet, unter der Vorstellung, daß ihr Gott der Führer und Vater ihres Stammes sei, um dadurch die völlige Hingabe jedes Einzelnen an die Geschichte der jungen Gemeinschaft zu erreichen. Aus dem gleichen Grunde haben sich die römischen Kaiser als Götter anbeten lassen und hat sich der Staat bis in unsere Zeit hinein mit einer göttlichen Gloriole umgeben.

Aber nicht nur hier, wo es sich um die Sicherung des Bestandes einer politischen Macht handelt, finden wir das Religiöse; weit eher noch sucht es Verbindung mit den Revolutionären, ja es ist hier erst eigentlich unmittelbar und lebendig wirksam, wo völlige Hingabe und eine Verwirklichung allen Schwierigkeiten zum Troz verlangt wird. Das lehren uns die kommunistischen Bewegungen im Urchristentum, im Mittelalter und in Nordamerika, das lehrt uns die Revolution der Bauernkriege und die Erhebung Cromwells, das lehren uns die vormaligen Sozialisten, aber auch der wissenschaftliche Sozialismus selbst. Im letzteren ist zwar die theoretische Einstellung frei von irgendwelchen religiösen Einschlägen, und das ist gut so, denn Politik kann nur von vernünftiger und wissenschaftlicher Erwägung aus getrieben werden, aber die den wissenschaftlichen Sozialismus tragende Arbeiterbewegung ist in der Kraft ihres Aufstehens nicht verständlich, wenn man nicht religiöse Motive mit heranzieht. Da lehren uns nun Geschichte und Psychologie, daß Menschen in gedrückter und verzweifelter Lage sich an ein Hoffnungsbild klammern, das ihnen nicht

nur als ein bloßes Wunschbild und so in unsicherer Ferne erscheint, sondern an das sie mit religiöser Bewußtheit, ja mit religiösem Fanatismus glauben. Ein solches Hoffnungsbild war bei dem entrechteten und geknechteten Proletariatsvolk der Juden das Reich der Herrschaft Gottes und das Reich ihrer eigenen Diktatur. Ein ebensolches Hoffnungsbild, das man so jenes religiösen Einschlags mit Recht „Reich Gottes auf Erden“ genannt hat, war bei den Proletariern vorhanden, die den Marxismus so begierig aufgriffen. Die hätte sonst durch ein so schwer verständliches, durch und durch gelehrtes Buch, wie es das „Kapital“ ist, eine solche gewaltige Bewegung entstehen können? — Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei aber ausdrücklich betont, daß diese religiöse Spannung natürlich durch die wirtschaftliche Lage bedingt ist, und weiter, daß durch die Konstatierung religiöser Momente nicht im geringsten die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen und erkenntnismäßigen Fundierung des Sozialismus angefaßt werden kann.

Durch diese Ausführungen wird klargestellt, daß Religion nicht beschränkt ist auf die Zeiten einer unvollkommenen wissenschaftlichen Weltklärung, sondern daß auch heute noch Religion überall da ist, wo der Mensch etwas mit all seinem Häßlichen, Schönen und Bösen ergreift. Religion ist oft auch dann da, wenn sie nicht als solche erkannt wird, sondern man allein ethische, wirtschaftliche, politische oder ästhetische Strebungen konstatieren zu können glaubt, denn das Religiöse tritt fast kaum gesondert für sich auf, sondern ist fast immer in Verbindung mit anderen Wertgefühlen, so hauptsächlich mit dem Gefühl für das Gute und für das Schöne. Das Religiöse bedeutet dabei eine Steigerung des gefühlten Wertes ins Unendliche, bringt hinzu die Hingabe des ganzen Menschen und verursacht ein Kraftschöpfen aus dem vererbten Ideal.

Die oben angeführten Beispiele religiöser Spannungen zeigten eine Verbindung des Religiösen mit dem Gefühl für das Gute im weitesten Sinne. Religion dieser Art ist in der sozialistischen Gesellschaft sehr wohl denkbar, und zwar bietet das sittliche Grundprinzip des Sozialismus, die Liebe, hier einen wertvollen Anknüpfungspunkt. Es kann sich natürlich nicht um eine neue sozialistische Staatsreligion handeln, denn einmal muß Religion Privatsache sein, weil sie, d. h. diese eigenartige Gefühlssteigerung nicht jedermanns Sache ist, und zweitens sind innerhalb des Religiösen mannigfache Ab-

Lehrerlagung in Hamburg

Während der Ostertage fand in Hamburg der sozialdemokratische Lehrertag statt. Die freie Lehrergewerkschaft, die gleich nach der Revolution den Kampfbegriffen verfocht, aufschulpolitisch im Gebiete wenigstens eine einheitlich-sozialistische Linie zu wahren, und die daher — unbeschadet der Parteizugehörigkeit des Einzelnen — alle sozialistischen Lehrer in sich vereinigte, wurde durch ein Mandat von Heinrich Schulz und Genossen, namentlich durch die Sondergründung einer SPD-Arbeitsgemeinschaft, in ihrer Wirksamkeit gestört.

So tagten auch jetzt die SPD-Leute unter sich, geführt von Heinrich Schulz, und behandelten wichtige Fragen der Gegenwart wie

Elternrecht und Reichsschulgesetz

mit vielem liberalen Freimut, aber mit wenig sozialistischer Grundfähigkeit. Man verkennet auch heute in den Reihen der Sozialdemokratie nicht mehr die reaktionäre Wirkung, die das Elternrecht in der Verfassung hat, und man möchte nunmehr mit Theseen das, was man in der Verfassung schlecht gemacht hat, verfeinern. Glaubt man etwa, man könne den Kardinalfehler der Verfassung, die im Artikel 136,2 den Eltern das Recht gibt, über die Art der Schule (ob konfessionell, ob simultan oder weltlich) zu bestimmen, dadurch wieder gutmachen, daß man nunmehr den Grundsatz aufstellt: Staatsrecht bricht Elternrecht? Das ist gewiß richtig, aber in Weimar war die Gelegenheit, die Wichtigkeit dieses Satzes durch die Tat zu erhärten.

Wenn sonst zu diesem Thema gesagt wird, daß das Recht der Eltern dem Recht des Kindes nachstehe, daß das durch den Staat verminderte Elternrecht durch die tätige Hilfe der Eltern in der Schule ergänzt werden soll und schließlich, daß die Eltern als Mitlebende, Mitlebende und Mitlebende an der Schularbeit teilnehmen sollen — so vermißt man bei allen diesen schönen Forderungen der liberalen Reformpädagogik die grundsätzliche sozialistische Einstellung, die mit aller Konsequenz die öffentliche Erziehung von den ersten Kinderjahren aus sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus fordert. Was die Eltern brauchen, sind nicht Schlagworte aus dem überreichen Vexikon der liberalen Pädagogik, sondern nächste Kampfziele: feste Organisation, scharfe Herausarbeitung aller der Einzelarbeiten, die die Eltern für die Umgestaltung unseres Schul- und Erziehungswesens zu leisten haben, und zwar zu leisten haben nicht als Eltern, sondern als Angehörige der Arbeiterklasse.

Auch in der zweiten Frage, der

Frage des Reichsschulgesetzes,

mutet die Entrüstung über die Ansprache der kirchlichen Reaktion auf einer Tagung unter dem Schutze von H. Schulz sehr selten an. Es ist leider richtig, daß im Bildungsausschuß des Reichstages die Mehrheit aus Deutschen, Nationalen, Deutsche Volkspartei und Zentrum — entgegen der Verfassung — die Gleichstellung von Konfessions- und Gemeinschaftsschulen beschlossen hat. Aber es ist ebenso richtig, daß, wenn nicht die Demokraten damals in Weimar sich dagegen gewehrt hätten, die Sozialdemokraten bereit waren, diese Gleichstellung schon in Weimar zu vollziehen.

„Aus hohen politischen Rücksichten“, wie Konrad Haenisch versichert in seinem Buche: „Neue Bahnen der Kultur“ sagt, das eben ist ja das furchtbar Tragische an aller Koalitionspolitik der SPD. Man sieht wohl ein, daß man sich auf solchem Wege befindet. Man ist auch ehrlich entrüstet über die schlimmen Konsequenzen der Koalitions-Kompromißerei, aber man ist eben durch die Koalition so gebunden, daß man den grundsätzlichen Kampf nur auf Spezialkongressen führen kann! Oder ist auch hier wiederum die böse Unabhängige Sozialdemokratie schuld daran, daß man mit dem Zentrum so verhängnisvolle Schulpolitik gemacht hat? Es liegt uns fern, alte Sünden aufzuwärmen, aber „L a r h e i t“ muß sein, wenn die Sozialdemokratie nicht nur auf der Lehrertagung, wenn nicht bloß zahl-

reiche Arbeiter, die in den Reihen der Rechtssozialdemokraten stehen, sondern wenn die offizielle Partei, die Fraktionen, Minister und Staatssekretäre den Kampf wenigstens gegen die Konfessionalisierung der Schule energisch aufnehmen wollen — dann wird es an unserer Hilfe gewiß nicht fehlen. Man soll nur nicht, wenn es ernst wird, aus höheren Koalitionsrücksichten wieder umfallen; ein erneuter Umfall würde die schlimmsten Folgen für die heranwachsende Arbeiterjugend und für die einheitliche Kampfesfront des Proletariats haben.

R. R. L.

Morgen im Lustgarten!

Das Proletariat Berlins trifft am Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Lustgarten zu einer gemeinsamen Kundgebung an für den Achtfundentag für die einheitliche Aktion des Proletariats.

Heraus zur Demonstration!

Rechtssozialistische Differenzen

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Fulda: Nach dem Eisenbahnstreik war, wie bereits mitgeteilt, ein Zusammenschluß der „Arbeiterschenschaft“ von Fulda und Umgebung erfolgt und unter Leitung des sozialdemokratischen Stadtrats Eisenbahnschaffens Wilm die „Fuldaer Neue Zeit“ als Organ dieser Bewegung übernommen worden. Bei einer Versammlung in Hedra traten scharfe Gegensätzlichkeiten zwischen der rein gewerkschaftlich betonten Haltung Wilm und seiner zahlreichen Anhänger zur sozialistischen Mehrheitspartei zu Tage, die dahin führten, daß der Bezirksvorstand der SPD, Wilm wegen grober Verfehle gegen die Parteidisziplin“ aus der Sozialdemokratischen Partei ausschlöß. Ihn von seinem Amt als Vorsitzender der Ortsgruppe Fulda entloh und ihn aufforderte, sein Mandat niederzulegen. Eine außerordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe Fulda beschloß aber, Wilm dürfe unter keinen Umständen seine Ämter niederlegen.

Vielleicht äußert sich einmal der „Vorwärts“, der sich ja ausgezeichnet auf die Deutung von „Krisen“ versteht, über diese Vorgänge.

Ein Interview Hilferdings

(G. E.) Paris, 18. April.

Das Mitglied der deutschen Delegation Hilferding gab dem „Temps“-Vertreter in Genu folgende Erklärung ab: Der Vertrag war seit mehreren Monaten fertig. Unsere Regierung hatte nicht die Absicht, die Konferenz vor ein fait accompli zu stellen. Erst nachdem die Entente unter Ausschluß Deutschlands Verhandlungen mit den Sowjetvertretern begonnen hatte, mußten wir die Befürchtung hegen, daß Rußland mit der Entente ein Sonderabkommen schließen würde. Daraufhin zog Deutschland seinen Vertrag hervor. Deutschland fürchtete einfach, daß Rußland sich mit

den Alliierten ohne Deutschland und gegen Deutschland verständigende würde. Hätten wir nicht so gehandelt, wie wir es taten, so wäre das Einvernehmen zwischen Rußland und der Entente vollzogen gewesen, dann hätten die Bolschewisten kein Abkommen mit Deutschland abschließen wollen. Veröffentlichung würde der Vertrag übrigens auf Wunsch der Russen und nicht der Deutschen. Er verleiht die materiellen Rechte seiner Nation und die Erregung darüber ist uns unverständlich. Die Zusammenarbeit Deutschlands mit Rußland ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Nur er gestattet, Frankreich Reparationsforderungen zu erfüllen.

Die Mitteilung über das vorstehende Interview stammt von der „East Europe Dispatch-Agentur“.

Das Londoner Memorandum über Rußland

Neben dem von uns auszugswise veröffentlichten einleitenden Teil des Londoner Memorandums über die Wiederherstellung Europas liegt nunmehr auch der Abschnitt vor, in dem sich die alliierten Sachverständigen in zwei Kapiteln über den Wiederaufbau Rußlands äußern.

Im ersten Kapitel handelt es sich um die Bestimmungen über die Anerkennung der Vorkriegsschulden und um eine Kommission für russische Schulden. Eine vollkommene Einigung wurde nicht erzielt, vielmehr wurden nur verschiedene Vorschläge gemacht, deren weitestgehender vorliegt:

„Es soll eine Kommission für die russischen Schulden eingesetzt werden, die aus von der russischen Regierung und den anderen Mächten ernannten Mitgliedern und einem unabhängigen Vorsitzenden von außerhalb besteht, der durch die übrigen Mitglieder erwählt oder gegebenenfalls vom Völkerbund, und zwar entweder vom Rat oder von dem permanenten internationalen Gerichtshof, ernannt wird.“

Die einzusetzende Kommission soll neue russische Obligationen ausgeben an Personen, die nach der Entscheidung der Gemischten Schiedsgerichte ein Recht hierauf haben, an Besitzer schon vorhandener Staats- oder sonstiger Obligationen und Aktien, für die die neuen russischen Obligationen im Austausch hingegeben werden sollen, und an Personen, die auf Grund fundierter Binsen und Rückzahlung von Kapital ein Recht hierauf haben. Ferner soll sie entscheiden über die Binsätze und Tilgungsbedingungen der neuen Obligationen und bestimmte Steuern, Abgaben oder Gebühren für den Zinsendienst bezeichnen. Diese Kontrolle durch die Kommission soll erst aufhören, wenn der russische Schuldendienst durch angenommene Beiträge im russischen Budget hinreichend gesichert erscheint. Auch über die Ausgabe weiterer als der vorher erwähnten Obligationen wird eine Regelung vorgesehen.

Neben dieser wirtschaftlichen Klärung Sowjet-Rußlands sind in dem Memorandum Forderungen enthalten, die auch die Justizhoheit Rußlands ausschalten. U. a. wird verlangt:

Trennung der Rechtsprechung und der Exekutive. Öffentliche Ausübung der Gerichtsbarkeit durch unabhängige und unabsetzbare Richter.

Das zur Anwendung kommende Recht muß bekannt und veröffentlicht sein; es muß für alle Personen gleich sein und darf keine rückwirkende Kraft haben. Es soll Ausländern angemessene Sicherheiten gegen willkürliche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bieten.

Ausländern soll es frei stehen, vor den Gerichten Recht zu suchen, und sie sollen als solche nicht rechtsunfähig sein; sie sollen berechtigt sein, sich vor Gericht durch einen selbstgewählten Anwalt vertreten zu lassen.

Das vom Gericht zu beachtende Prozederförmliche soll eine gründliche und schnelle Rechtsprechung ermöglichen. Das Appellationsgericht und das Recht auf neue Verhandlung soll gesichert sein.

Die Parteien, die einen Vertrag abschließen, sollen das Recht haben, sich die Anwendung ausländischer Rechte auszubedingen; der Gerichtshof hat in diesem Falle dieses Recht zur Anwendung zu bringen.

Ein ordentliches Gerichtsverfahren soll angerichtet werden zum Zwecke der Sicherung der Vollstreckung rechtskräftiger ausländischer Urteile, einschließlich solcher Urteile ausländischer Gerichtshöfe, denen eine Abmachung in einem Geschäftsvertrag zugrunde liegt, die die Zuständigkeit gerade diesem Gericht überträgt.

Eine Resolution des Gewerkschaftskongresses

(Sonderbericht des „Int.“)

Genua, 19. April.

Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes ist gestern nach einstimmiger Annahme einer Resolution beendet worden. Die Resolution fordert die Zusammenarbeit aller Völker zur Behebung der Wirtschaftskrise, die vorbestehende Anerkennung der Sowjetregierung sowie eine Revision der Reparationsbestimmungen. Ferner wird die Gewährung von Krediten an die valutaschwachen Länder aus einer vom Völkerbund zu organisierenden Anleihe und eine internationale Kontrolle der für die Industrie und die Landwirtschaft notwendigen Rohstoffe gefordert. Zum Schluß gibt die Entscheidung der einmütigen Ueberzeugung der Arbeiterorganisationen Ausdruck, daß die Abkehrung in allen Ländern eine unumgängliche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Der Kongress der I. L. P. zum deutsch-russischen Vertrag

(Int.) London, 19. April.

Der Kongress der Independent Labour Party nahm nach dem Referat Ballheads und einer ausführlichen Diskussion über die internationale Lage folgende Resolution an: Anlässlich der kritischen Lage, die sich in Genua bei der Behandlung der russischen Frage ergibt, erinnert der Kongress daran, daß die französische Regierung seit 1919 verstockt oder offen die Verhandlung mit Rußland sabotiert hat. Der Kongress erklärt, daß diese Politik den Interessen der englischen Arbeiterschaft zuwiderläuft und auch die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich gefährdet. Ueberzeugt, daß diese Politik nicht die wahren Gefühle des französischen Volkes zum Ausdruck bringt und den Interessen des französischen Volkes nicht dienen kann, ruft der Kongress das französische Volk auf, die Politik der internationalen Einigung zu unterstützen.

stufungen möglich, die eine sozialistische Gesellschaft um des Prinzips der Freiheit willen unbedingt respektieren wird. Aber eine sozialistische Gesellschaft wird von allen Religionsformen in ihr verlangen müssen, daß sie sozialistisch sind, d. h. daß sie die Sätze: „Eigentum an Produktionsmitteln ist Diebstahl“ und „die Menschen müssen Solidarität üben“ auch religiös billigen.

Neben dieser ethischen Religiosität ist aber in der kommenden Gesellschaft auch eine mehr am Ästhetischen anknüpfende möglich, und zwar wird hier das religiöse Gefühl erst recht bei sich selbst sein, denn das eigentliche Objekt des Religiösen, das Heilige und Erhabene steht dem Heiligen und Erhabenen in der Kunst und besonders in der neuen Kunst, die einen unverkennbar religiösen Einschlag hat, ganz besonders nahe. Diese Ansätze neuer Religiosität haben auch Kant veranlaßt, für ihre Vollendungen in der sozialistischen Gesellschaft Zentralbanken zu skizzieren.

Zum Schluß sei betont, daß eine Religion für das sozialistische Zeitalter nicht „gemacht“ werden kann, sondern daß sie aus der Masse herauswachsen muß. Es sei aber durch diese Ausführungen der Blick für das Eigentümliche und das für alle Zeiten Gültige des Religiösen geschärft. Religion ist zu allen Zeiten vorhanden gewesen, und ihre Nützlichkeit und Notwendigkeit müßte heute neu erkannt werden. Notwendig ist Religion besonders auch als Vorbedingung für das Entstehen großer Bauwerke, denn nur Wohnungen göttlicher Ideen können als etwas Ueberragendes gebaut werden.

Solidarität

Es war zurzeit des amerikanischen Sezessionskrieges, vor 60 Jahren. Damals handelte es sich, neben andern Streitfragen staatsrechtlicher Art, um die Befreiung der Negerklaven. Gewiß nicht aus gefühlsmäßigen Gründen heraus, das beweist die tiefe Verachtung und schlechte Behandlung, die auch der befreite Neger bis auf den heutigen Tag erfährt, vielmehr aus Gründen der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Es ging darum, ob in den im Westen, lensteits des Mississippi, neu begründeten Staaten und Territorien Sklavenarbeit oder freie Arbeit herrschen sollte. Der weiße Arbeiter des Nordostens drängte nach dem Westen, um auf Neuland als Farmer sein eigener Herr zu werden, um auf Neuland die Sklavenarbeit eingeführt, so ward der Weg für die Stedler verschlossen, die Bevölkerung

im Osten mühte sich aufstauen, und bei der damals noch unentwickelten Industrie das weiße Proletariat in tiefe Verelendung stießen. Das war die Grundlage des Krieges gegen die Sklavenbarone des Südens. Es ist sicher, daß der militärisch und organisatorisch ohnehin schwächere Norden trotz seiner größeren Menschenzahl unterlegen wäre, wenn etwa England zugunsten der Sezession in den Kampf eingegriffen hätte; und solcher Eingriff lag nahe, da die Interessen des englischen Industriekapitals mit denen der Baumwollpflanzer übereinstimmten. Da ist es nun das Verdienst der englischen Arbeiterklasse, die Einmischung Englands wirksam verhindert zu haben, um ihren Brüdern in Amerika in ihrem Kampfe um die Existenz beizustehen. Dieser Verdienst wird aber für die englischen Proletarier schwere Leiden mit sich, Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Verelendung während vier langen Kriegsjahren, die weit über das hinausgingen, über das, was Deutschland im letzten Kriege erdulden mußte. Auch behördliche Verfolgungen, Gefängnis und das in England so beliebte Arbeitshaus schloß nicht. Dennoch hielten die britischen Arbeiter den kämpfenden Brüdern die Treue bis zum siegreichen Ende. Auch das offizielle Amerika, Präsident Lincoln, obwohl selbst andersprechender Mittelständler, voran, erkannte die wertvolle Hilfe der englischen Arbeiterklasse völlig an. In Vincolns Auftrage erwiderte der Gesandte C. Francis Adams einer von Karl Marx geführten Deputation den Grundsat des Internationalen Arbeiterbundes, daß diese Treue den kämpfenden Nordstaaten nicht neuen Mut zum Durchhalten einflößte. So wurde damals internationale Solidarität geübt. Sollte es heute nicht mehr möglich sein, die Arbeiter auch nur eines und desselben Landes zur Einheitsfront zu bringen?

Tages-Notizen.

Beschäftigungen der I. L. P. Dreyfus, Vortrag in der Strommarkt-Vereinigung, 18. April. 1. Eisen und Stahl. 2. Metallindustrie. 3. Eisenbahnen. 4. Eisen und Stahl. 5. Eisenbahnen. 6. Eisenbahnen. 7. Eisenbahnen. 8. Eisenbahnen. 9. Eisenbahnen. 10. Eisenbahnen.

Jahresberichterstattung der englischen Arbeiterklasse. Offizielle Sitzung im Clubhaus, 18. April. Bericht des 21. April, 7 Uhr. 1. Bericht über die deutsche Frage. 2. Bericht über die internationale Solidarität. 3. Bericht über die internationale Solidarität. 4. Bericht über die internationale Solidarität. 5. Bericht über die internationale Solidarität. 6. Bericht über die internationale Solidarität. 7. Bericht über die internationale Solidarität. 8. Bericht über die internationale Solidarität. 9. Bericht über die internationale Solidarität. 10. Bericht über die internationale Solidarität.

Witke im Bild. Vor der Kundgebung seiner Abreise nach Berlin, 18. April, 7 Uhr. 1. Bericht über die deutsche Frage. 2. Bericht über die internationale Solidarität. 3. Bericht über die internationale Solidarität. 4. Bericht über die internationale Solidarität. 5. Bericht über die internationale Solidarität. 6. Bericht über die internationale Solidarität. 7. Bericht über die internationale Solidarität. 8. Bericht über die internationale Solidarität. 9. Bericht über die internationale Solidarität. 10. Bericht über die internationale Solidarität.

Erziehung

Das Ehepaar, das sich besuchte, war gerade dabei, seinen Jungen zu ohrfeigen.

„Er lügt so, und das muß man ihm doch austreiben,“ sagte mir der Mann, um sein Verhalten zu entschuldigen. Dann schickte er den Knaben fort.

Die Frau seufzte: „Was tun wir bloß, um dem Kinde diese häßliche Eigenschaft abzugewöhnen?“

Sagt ihr denn immer die Wahrheit?

„Ja — — —“

„Ja meine, ob ihr nie lügt?“

„Wir! — — — Ja, was hat das damit zu tun?“

„Oh, sehr viel! Doch ihr habt mir noch nicht gesagt, ob ihr ständig wahrhaftig seid.“

„Was soll das nur. Wir sind eben wie so viele andere.“

„Das heißt also . . .“

„Na ja . . .“

„Und der Junge merkt das, hört das — — —“

„Von ihm muß man aber verlangen, daß er bei der Wahrheit bleibt.“

„Om! — — —“

„Ein Kind muß zur Wahrheitsliebe angehalten, erzogen werden.“

Mit Ohrfeigen? — — —

„Reicht dir ein besseres Mittel? Komme mir nicht mit der sogenannten modernen Erziehungsmethode.“

Durchaus nicht. Doch wollt ihr nicht dem Kinde ein gutes Vorbild geben?

„Was? — — —“

„Indem ihr stets bei der Wahrheit bleibt. — — —“

„Unglaublich.“

„Ich meine, das ist die beste Methode. Wenn ihr sie von vornherein angewandt hättet, würdet ihr heute ein günstigeres Resultat zu verzeichnen haben.“

Damit endete die Unterhaltung der Jugendzucht. Das Ehepaar blieb während des Abends merklich kühl zu mir.

Die neuen Spielplätze Berlins

18 Millionen Mark ausgeworfen.

Mit Hilfe der produktiven Erwerbslofenfürsorge soll nunmehr, einer Magistratsvorlage entsprechend, mit der Anlegung neuer Spiel- und Sportplätze für die heranwachsende Jugend sofort begonnen werden. Der dafür eingesetzte Stadtkommissionen-Ausschuß hat die Mittel für folgende Spielplätze bewilligt: Dominicusplatz am Pfisterweg in Schöneberg 3 Millionen, Oberschöneweide 2,5 Millionen, Wühlheide 4,1 Millionen, Jungfernhöhe 4,5 Millionen, Pöhlensee 250 000 M. und Beigensee 3,5 Millionen. Der Waldpark am Foulens See in Hohenschönhausen wurde als landschaftlich besonders ansprechend bezeichnet, soll aber wegen einer besseren Anlage der Tribünen nachgeprüft werden. Der Plan des Spielplatzes in Gieskamp wurde zurückgestellt. Der Ausschuß hat das hierfür bestimmte Gelände nach einer Besichtigung untersuchen. Gleichzeitig hat der Ausschuß mehrere Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung gefaßt. Der Magistrat wird ersucht, die gesamte Spielplatzfrage, die bisher in vier verschiedenen Begegnungen bearbeitet wurde, einheitlich zu behandeln und ein Stadtkommissionen für Vorarbeiten zu errichten, durch das Turnen, Spiel und Sport der Jugend wie der Erwachsenen zusammengefaßt wird. Schließlich soll der Magistrat dafür Sorge tragen, daß der Besuch der außerhalb gelegenen Sportplätze durch Schwärzung besonderer Ermäßigungen auf der Straßenbahn erleichtert wird, auch sind mit der Eisenbahn dahingehende Verhandlungen zu führen.

Zuflucht für gefährdete Kinder

Nachdem im Juni v. J. der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung erlucht wurde, über die Einrichtung einer Anstalt, in der zu jeder Zeit gefährdete Kinder aufgenommen werden können, wenn sie nicht „armenrechtlich“ hilfsbedürftig sind, eine Vorlage zu machen, hat nunmehr der Magistrat das „Klarabeim“, ein Sanatorium des Kaufmanns Schwarz in der Kolonietraße 22, auf 5 Jahre gemietet. Die Kosten für erste Einrichtung, Instandhaltung und einmalige Abfindung der jetzigen Mieterin belaufen sich auf 168 000 Mark.

Stadtkommissionenfraktion. Morgen Donnerstag, nachmittag 4 Uhr, findet keine Fraktionsfraktion statt.

Ermäßigung der Gebühren für Pakete, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr. Die seit der letzten Festsetzung des deutschen Gegenwerts für den Goldfranken (1. April) eingetretene Besserung des deutschen Marktkurses ermächtigt es der Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland das Umrechnungsverhältnis für den Goldfrank mit Wirkung vom 18. April an von 66 M. auf 56 M. zu ermäßigen und dadurch eine nicht unwesentliche Verbilligung der genannten Gebühren eintreten zu lassen. Das neue Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die frühere vorläufige Vereinbarung, wonach Briefsendungen aus Deutschland nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) als genügend freigemacht angesehen wurden, wenn sie nach innderdeutschen Säben freigemacht waren, nicht länger als bis zum 20. April d. J. gelten lassen könne. Vom 21. April an müssen daher alle aus Deutschland nach Westpolen gerichteten Briefsendungen nach den Westpostvereinsregeln, d. i. wie Sendungen nach dem sonstigen Ausland, freigemacht werden. Dieselben Säbe werden für Briefsendungen aus Westpolen nach Deutschland zur Anwendung kommen. Päckchen sowie Drucksachenarten gegen besonders ermäßigte Gebühr sind von diesem Tage an nach Westpolen nicht mehr zugelassen. Für Ansichtskarten gelten die Vorschriften des Westpostvereins. Es wird dringend geraten, Sendungen nach Westpolen vom 21. April ab richtig nach den Westpostvereinsregeln freizumachen, weil sonst die Empfänger hohe Nachgebühren zu zahlen haben.

Die Schule für Kopfschmerzverletzte ist eine der wenigen Schulen für Kriegsbeschädigte, die sich noch erhalten hat und für deren Weiterbestehen auch jetzt noch ein Bedürfnis vorhanden ist. Es hat sich in vielen Fällen bedarf machen lassen, daß die durch Kopfschmerz Verletzten noch lange Zeit unter den Folgen der Verwundung zu leiden und dann besonders über Hemmungen in der Auffassung und im Gedächtnis, über Mängel im Konzentrieren, über allgemeine Belangenheit und Unsicherheit, Störungen in der Sprache und Ausdrucksfähigkeit, im Schreiben und Rechnen sowie im sicheren Gebrauch der geläufigsten Gewässer zu klagen haben.

reichhaltig, welchem Beruf sie angehören. Im Berufsleben machen sich diese Mängel empfindlich fühlbar, legen die Leistungsfähigkeit bei bestem Willen herab, lähmen den Mut und das Selbstvertrauen, führen zu persönlicher, oft auch grundloser Erbitterung oder, da sie vom Gesunden nicht immer verstanden und entsprechend behandelt werden, zu dienstlichen Auseinandersetzungen und Aufregungen. Die in der Berliner Schule für Kopfschmerzverletzte bisher gesammelten Erfahrungen haben bewiesen, daß alle diese Mängel durch einen systematischen Einzelunterricht und nähere Fühlungnahme mit einem das Wesen dieser Schwergeschädigten genau kennenden Lehrer bedeutend gemildert, wenn nicht beseitigt werden können. Vor allem war mit dem Unterricht stets eine Dehnbildung und Steigerung des Willens und Befestigung der Stimmung verbunden. Die Schule für Kopfschmerzverletzte wird von Vertretern aller Stände besucht. Der Unterricht ist Einzelunterricht, der sich der Vorbereitung, dem Grad der Beschädigung, dem Beruf und dem Bedürfnis des Teilnehmers völlig anpaßt. Die Teilnahme am Unterricht ist unentgeltlich, ebenso ärztliche und berufliche Beratung, die, falls gewünscht, vermittelt werden. Anmeldungen Montags und Freitags von 12—1 Uhr im Amtszimmer, Senefelderstraße 6.

Freireligiöse Gemeinde. Freitag, den 21. April, abends 7½ Uhr, Pappel-Allee 15. Beginn der Vorträge des Herrn E. Däumig: Die Entwicklung der religiösen und freidenkerischen Ideen und Bewegungen in der Neuzeit. — 8 Abende 10 M. Gäste zum 1. Abend willkommen.

Eine teure Bekanntschaft. Ein Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Veelitz war am 10. d. M. nach Berlin gekommen und hatte hier auf der Reichsbank für die Genossenschaft 191 000 M. erhoben. Das Geld, Tausend- und Hundertmarktscheine, steckte er in seine Aktentasche. Auf dem Wege zum Bahnhof machte er die Bekanntschaft einer Dame, mit der er gemeinsam ein Restaurant und im Anschluß daran eine Vikarstube aufsuchte. Schließlich wollte sie mit ihm nach Potsdam fahren. Als dann der Geschäftsführer an die Fahrkartenausgabe ging, um Karten zu lösen, blieb die Dame in einiger Entfernung mit der Tasche stehen. Trotdem er sie nur wenige Augenblicke aus den Augen gelassen hatte, war sie plötzlich spurlos verschwunden.

Gewerkschaftliches

Erbauliches aus dem Meiereigewerbe

Es ist eine traurige Tatsache, daß in den Meiereien und Käsereien, diesen für die Volksernährung äußerst wichtigen Betrieben, in denen neben der Herstellung von Butter, Käse und anderen Produkten die molkeartige Verarbeitung der Milch, wie Abtötung der Krankheitskeime, insbesondere der Tuberkelbazillen, Reinigung, Kühlung usw. vornehmlich herrschen, die Arbeitsverhältnisse, wie sie wohl nirgends mehr zu finden sind. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß etwa 90 Prozent aller Betriebe Kleinbetriebe sind, die weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu kommt, daß der allergrößte Teil auf dem Lande sich befindet. Das Kost- und Logiswesen steht natürlich in vollster Blüte. Diese Umstände werden von den Arbeitgebern, den Molkeeigenen und Käsereien, bzw. Molke- und Käsebesitzern nach Kräften dazu benutzt, das Arbeitsverhältnis in ihrem Sinne zu „regeln“. Dadurch haben sich Zustände herausgebildet, die früher oder später zur Katastrophe führen müssen. Die Verzweiflung und Erbitterung der Arbeitnehmer ist grenzenlos. Hier einige Zahlen, die für sich selbst sprechen und gleichzeitig die Behauptung, daß die hohen Löhne schuld an der Verteuerung der Produkte sind, trefflich widerlegen.

In Friedenszeiten betrug das Gehalt eines Meiereigehilfen bei freier Station 40 Mark den Monat. Nach dem heftigen Tarifvertrag, der von den Arbeitgebern gemeinsam mit dem von ihnen geschaffenen Arbeitnehmer-Verband abgeschlossen ist, wurde ein Monatsgehalt von 150 M. vereinbart. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 9½ Stunden, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch Sonntags gearbeitet wird und daß es das ganze Jahr hindurch keinen freien Tag gibt. In diesen Betrieben wird 14—16 Stunden täglich gearbeitet.

Der Butterpreis dagegen, der in Friedenszeiten 1,20 bis 1,00 Mkt. betrug, liegt heute auf über 50 Mkt. pro Pfund, was etwa einer 35fachen Steigerung entspricht. Ähnlich sind die Preise für Käse und Milch gestiegen. Dabei ist der Fettgehalt aller dieser Produkte ein viel niedrigerer wie in Friedenszeiten. Während z. B. früher in den meisten Meiereien der Wassergehalt der Butter 12—14 Prozent betrug, enthält die Butter heute entsprechende „Behandlung“ 15—18 Prozent Wasser und sehr oft noch mehr. Das bedeutet, daß die Meierei pro 100 Pfund Butter drei Pfund Wasser liefert, was ihr bei den heutigen Preisen 150 Mkt. extra einbringt.

Die Herren Meierei- und Käsebesitzer sind aber auch sonst sehr produktiv. Auf ihrer letzten Verhandlung haben sie, um die häßlichen Verbraucher darüber aufzuklären, warum die Preise für Milch und Produkte erhöht werden müssen, beschlossen, auf diplomatischem Wege „eine geeignete Artikel“ in die sozialistische Presse zu bringen. Es wurde sogar behauptet, daß in einzelnen Landteilen diese Methode bereits mit autem Erfolg angewandt wird, was zweifellos eine ebenso freche wie dumme Tendenzklage ist. Es gibt kein sozialistisches Blatt, das sich so weit vergessen würde, die Dunnenmärchen von den „kolossal geringen Löhnen“ als Ursache der hohen Preise für Milch und Butter zu verbreiten. Die sozialistische Presse weiß, daß die Arbeitgeber des Molkeerzeugerwesens, die die freigewerkschaftliche Bewegung mit allen Mitteln bekämpfen und eine gelbe Organisation unterhalten, zu den ärgsten Schurkern gehören.

Aber dieses gelbe Protektionskind wird nicht nur von den Arbeitgebern begünstigt, sondern auch von den verschiedenen Behörden, neuerlich von den verschiedensten Zeitungen.

Nach der Deutschen Milchwirtschaftlichen Zeitung, Jahrgang 19 Nr. 68 zählten an die gelben Unterorganisationen des Verbandes Deutscher Molkeerzeuger (Stk Stände):

Provinzialzeitung Kiel	3000 Mkt.
Provinzialzeitung Königsberg	1000 „
Provinzialzeitung Danzig	3000 „
Landeszeitung Mecklenburg-Schwerin	1000 „
Landeszeitung Dresden	1000 „
Landeszeitung Darmstadt	1000 „
Provinzial-Verkehrsverband Stettin	3000 „
Bezirkszeitung Hannover	1000 „
Bezirkszeitung Stade	2000 „
Bezirkszeitung Aurich	1000 „
Bezirkszeitung Lüneburg	1000 „
Bezirkszeitung Cassel	300 „
Biehändlerverband Altona	3000 „
Provinzialzeitung Berlin	1000 „
Quartierzeitung Pezer	300 „

22 600 Mkt.

Alle Proteste gegen eine derartige Verschleuderung von öffentlichen Mitteln werden mit nichtslagen- den Redensarten beantwortet. Der Hr. St. der Deutschen Milchwirtschaftlichen Zeitung Stendal, dem Organ der Arbeitgeber und Gelben, entnehmen wir, daß die in Auflösung befindliche Zeitschrift Schleswig-Holstein den Gelben 3000 M. geschenkt hat. Auf Bescheid beim Oberpräsidenten wurde einfach mitgeteilt, daß die Zeitschrift angibt, von einer Zahlung nichts zu wissen.

Sind auf der einen Seite die Behörden den Gelben gegenüber äußerst zuvorkommend, so wird der freigewerkschaftlichen Organisation bei jeder Gelegenheit die kalte Schulter gezeigt. Die letzte Reichstagsung der Sektion Molke- und Käsebesitzer des Verbandes Land- und forstwirtschaftlicher Angestellter hat sich eingehend mit allen diesen Fragen beschäftigt und die Verbandleitung beauftragt, auf Abhilfe zu dringen, da sonst bei der Erbitterung und Erregung, die sich der betreffenden Arbeitnehmerschichten bemächtigt hat, das Schlimmste zu befürchten ist.

Eine sonderbare Rolle spielt in dieser Angelegenheit auch eine Reihe von Ortsverwaltungen der verschiedensten freigewerkschaftlichen Verbände. Im Gegensatz zu ihren Hauptvorständen, geben diese Ortsverwaltungen dazu über, in den städtischen Betrieben dem Verband Schwierigkeiten zu machen, indem man ihn, wie z. B. in Berlin, von dem Lohnkartell auszuschließen sucht.

Klassenkämpfer oder Aktienbesitzer?

Dem Beispiel Krupps folgend, haben in Düsseldorf die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke ihre Belegschaft damit erfreuen und — fördern wollen, indem sie für 25 000 000 Kleinaktien auflegten und der Belegschaft diese anbieten wollten. Der Betriebsrat hat jedoch für dies Angebot kein Verständnis gehabt und beschloß einstimmig, es abzulehnen. Bemerkenswert ist, daß auch die christlichen Vertreter sich diesem Beschluß unterwarfen. Das will immerhin etwas bedeuten.

Wertvoll ist die Argumentierung des eingenommenen Standpunktes zu dieser Frage. Es wird erklärt, daß in diesem gemischtwirtschaftlichen Betriebe gemeinwirtschaftliche und nicht privatkapitalistische Tendenzen zum Ausdruck gelangen sollten. Um das Interesse der Arbeiter am Betriebe zu steigern, bedarf es nicht solcher Mittel. Die reiflose Anwendung des Betriebsratsgesetzes würde weit bessere Erfolge zeitigen. Der Betriebsrat forderte noch die Kommunalverbände auf, sich diesen Beschluß zu eigen zu machen. Da die Vertreter im Aufsichtsrat durch ihren Aktienbesitz die Mehrheit in Händen haben, so können sie diesem Wunsch ohne weiteres auch nachkommen.

Diese Methode, die Arbeiter durch Kleinaktien zu fördern und sie zu veranlassen, ihre Ziele aufzugeben, sind nicht neuesten Datums. Dieser Schwindel wurde zum Leidwesen der Arbeiter bereits in den Vereinigten Staaten angewandt, wo diese Arbeiter-„Aktienbesitzer“ elend hineinsfielen und ihre paar Kopffennige verloren. Dieses Experiment zu wiederholen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Wir brauchen im übrigen Klassenkämpfer und keine Kleinaktienbesitzer. Wir begrüßen deshalb obige Stellungnahme und hoffen, daß in allen ähnlichen Fällen die Arbeiterschaft ebenso reagiert.

Gaukonferenz der Schuhmacher

Am Montag, den 17. April, fand in Berlin die Gaukonferenz des Zentralverbandes der Schuhmacher für den Bezirk 6 statt. Zum Punkt 1 der Tagesordnung gab Hammacher als Bezirksleiter den Geschäfts- und Kasernenbericht für die beiden letzten Jahre. Soweit die Geschäftslage in Betracht kommt, können wir mit der Berichtsperiode zufrieden sein. Die Hochkonjunktur, die zu Ende des Jahres 1921 ihren Höhepunkt erreichte, machte es möglich, aus andern Berufszweigen Arbeitslose in der Schuhindustrie unterzubringen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage kann nicht mehr nach der Vorkriegszeit beurteilt werden, in der nur Angebot und Nachfrage die Geschäftskonjunktur bestimmte. Das ständige Sinken der Papiermark hatte rapide Preissteigerungen aller Lebens- und Bedarfsartikel zur Folge, die durch die fortwährenden Lohnbewegungen nicht ausgeglichen wurden. Die Schuhindustrie ist durch die zentralen Reichslohntariferhebungen vor Einzelbewegungen bewahrt. Dies hindert jedoch nicht die Fabrikanten, den neuen Bedingungen Schwierigkeiten zu bereiten. In der Berichtsperiode hatte die Bezirksarbeitskommission 40 Streitfälle für Berlin und 14 für die Provinz zu erledigen.

Den Lohnforderungen der Arbeiterschaft wurde namentlich von den in den Innungen organisierten Handwerksmeistern aus Eigenmuth Widerstand entgegengebracht. So kam es zu Streiks in Berlin, Cottbus, Köslin, Stolp und in andern Orten.

In der Diskussion wurde auf die Behringssächterei hingewiesen, die namentlich in den östlichen Provinzen gepflegt wird. Angenommen wurde ein Antrag, einen Unterbezirk mit dem Sitz Stettin zu schaffen. Ferner ein Antrag der Jahrestelle Stettin. Der Vorstand im ADGB hat hinzuwirken, daß die 10 Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verwirklicht werden. Als Beiratsmitglied wurde Müller-Berlin und als Stellvertreter Mauritz gewählt. Am 9 Uhr abends wurde — nachdem noch unter Verschiedenem einige Punkte erledigt wurden — die Tagung geschlossen.

Holzarbeiter

Die am 20. April 1922 aberaumten Bezirks- und Branchenerkrankungen finden infolge der Demonstrationen einheitlich in den gleichen Lokalen abends um 7 Uhr statt. Die Ortsverwaltung.

Internationale Solidarität.

Die Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, beschloß auf Antrag des Vereinsvorstandes, den ausgesetzten dänischen Arbeitern aus Mitteln der Totalkasse 20 000 M. zu überweisen.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 19. April.

14. Bezirk. 7.30 Uhr Vorstandssitzung bei Amtsdirektor, Brandenburgerstr. 5.

Donnerstag, den 20. April.

2. Verwaltungsbezirk. 4. Bezirk. Wehen. Die Parteigenossen schicken sich zur Demonstration den Schönberger Genossen an, Treffpunkt Kaiser Wilhelm-Platz.

14. Verwaltungsbezirk. Neukölln. Kapitulations-Kommission wichtige Sitzung 7.30 Uhr bei Kamann, Köpenickerstr. 42. Die Teilnehmer sind um Erscheinen aller Genossen gebeten.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Haack, Berlin, für den Verlags- und geschäftlichen Teil: Ludwig Rosemeyer, Berlin. Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Neimann, E. m. b. H., Berlin, SB. 68, Altessestraße 75.